

# Feuer in der Regenzeit

## Im Kampf um die Suharto-Nachfolge bedienen sich die Militärs schwelender sozialer Konflikte

*In den vergangenen zwölf Monaten hat die Zahl gewaltsamer Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften sowie die blutigen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen unterschiedlicher ethnischer oder religiöser Gruppen in Indonesien dramatisch zugenommen. Die Chronik listet nur die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit auf. Die politische Situation in Indonesien ist zur Zeit sehr unübersichtlich und kann sich zudem von einem auf den anderen Tag ändern. Jede Analyse kann deshalb nur ein vorläufiger Versuch sein, die gegenwärtigen Entwicklungen einzuordnen und zu erklären.*

### Megawati im Abseits

Nachdem im Juli die Erstürmung des Hauptquartiers der Demokratischen Partei Indonesien (PDI) durch Einheiten der Sondereinsatztruppe KOPASSUS allenthalben Empörung ausgelöst hatte, galt die abgesetzte Parteivorsitzende Megawati Sukarnoputri als die Hoffnungsträgerin für eine Demokratisierung. Doch diese Hoffnung ist schon wieder Vergangenheit. Megawati hat trotz ihrer brutalen Entfernung vom Parteivorsitz (noch) nicht den entscheidenden Schritt getan und den politischen Kampf außerhalb des etablierten Systems aufgenommen. Statt dessen führt sie vor den Gerichten einen (aussichtslosen) Kampf zur Wiedereinsetzung als Parteivorsitzende. Ihre An-

hänger sind politisch heimatlos geworden, da Megawati noch nicht einmal mehr als Kandidatin für die anstehende Parlamentswahl aufgestellt wurde. Suharto ist es also gelungen, Megawati ins politische Abseits zu manövrieren. Daß sie sich dort befindet, ist aber auch darauf zurückzuführen, daß sie in den Monaten nach ihrer Absetzung kein klares politisches Programm entwickelt und sich nicht entschieden genug für eine grundsätzliche Oppositionsrolle ausgesprochen hat. Das ihr zur Verfügung stehende Potential konnte sie nicht wirksam gegen die jetzige Regierung einsetzen. Letztendlich war sie eine Oppositionsführerin wider Willen. In den gegenwärtigen Auseinandersetzungen spielt sie deshalb keine bedeutende Rolle mehr.



Unruhen in Jakarta am 27. Juli 1996

aus: D&R No. 18 v. 14.12.1996, S. 27

### Soziale Unruhen?

Kaum hatte sich die Empörung über das brutale Vorgehen der KOPASSUS-Einheiten unter dem Suharto-Schwiegersohn Prabowo Subianto gelegt, wurde die indonesische Öffentlichkeit im Oktober durch gewaltsame Ausschreitungen in Situbondo (Ostjava, s. SOAI 4/96) aufgeschreckt. Fünf Menschen starben in den Flammen einer von angezündeten Kirche. Im Dezember folgten Ausschreitungen in Tasikmalaya (Westjava). Polizisten hatten drei islamische Lehrer auf einer Polizeiwache verprügelt, die den Sohn eines der Polizisten unangemessen hart bestraft hatten. Die Folge: abgebrannte Polizeistationen, Geschäfte und abermals Kirchen. Einige Wochen später geschieht ähnliches in Rengasdengklok, etwa vierzig Kilometer östlich von Jakarta. Wieder sind Kirche und buddhistische Tempel Ziel brandschätzender Muslime. Es scheint ein einheitliches Muster erkennbar. Ziel und Opfer der Ausschreitung ist meist die kleine Gruppe von chinesischen Kaufleuten und Händlern, die zudem häufig einer christlichen Konfession angehören. So können die Unruhen leicht als der aufgestaute Unmut derjenigen Indonesier interpretiert werden, die sich an den relativ wohlhabenderen Mitbürgern chinesischer Abstammung ihr Mütchen kühlen wollen.

Es ist unübersehbar, daß die forcierte Modernisierungspolitik des Suharto-Regimes zu enormen sozialen Verwerfungen in der indonesischen Gesellschaft geführt hat. Und obwohl die Wirtschaftsstatistik enorme Wachstumsraten aufweist, ist ein wesentliches Problem in den letzten Jahrzehnten ungelöst geblieben. Der Wohlstand Indonesiens wird nicht gleichmäßig verteilt, sondern kommt nur wenigen zugute, allen voran den Kindern des Präsidenten, die mittlerweile an fast jedem lukrativen Geschäft beteiligt zu sein scheinen. In scharfen Worten hat deshalb jüngst der Führer der islamischen Organisation Muhammadiyah, Amien Rais, die Konzessionspolitik der Suharto-Regierung als Ausverkauf nationaler Reichtümer gegeißelt und die Regierung in Jakarta direkt für die Unruhen verantwortlich gemacht. Dieses scheint jedoch nur die halbe Wahrheit zu sein. Denn es gibt zumindest Gruppen in Indonesien, denen diese Ausschreitungen gerade recht kommen.

### Diskreditierung von Gus Dur und der islamischen PPP

Nach der Ausschaltung Megawatis hat sich das Interesse der Herrschenden einem anderen politischen Akteur zugewandt, der ihnen im Augenblick viel gefährlicher erscheint. Abdurrahman Wahid (kurz: Gus Dur), der Führer der größten islamischen Organisation Indonesiens, Nahdatul Ulama (NU), gilt vielen Beob-



achtern als eine Schlüsselfigur im gegenwärtigen Machtkampf. Als Führer der Nahdatul Ulama, einer islamischen Organisation mit rund 30 Mio. Mitgliedern, verfügt er in mehrerer Hinsicht über einen enormen politischen Einfluß. Seine Empfehlung für eine Wahlentscheidung kann zwar nicht wirklich wahlentscheidend sein, da das Wahlergebnis mit einem Sieg für GOLKAR im wesentlichen feststeht. Aber sein Verhalten kann ausschlaggebend für den Grad der Legitimation des Wahlergebnisses sein. Insofern ist höchst relevant, ob Gus Dur ein Signal zur Unterstützung der Regierungspartei GOLKAR gibt, wie jüngst bei einem demonstrativen Treffen mit der stellvertretenden Vorsitzenden von GOLKAR, der Präsidententochter Siti Hardiyanti Rukmana, oder ob er zum Wahlboykott aufruft, wie man es aus einem Interview herauslesen kann, indem er erklärte, er werde nicht zur Wahl gehen. Da Gus Dur sich nicht in vordergründige Loyalitäten einbinden läßt und zudem ein gewiefter Taktiker ist, ist auch seine Führerschaft der NU in den vergangenen Jahren immer wieder Unterwanderungsversuchen durch den Geheimdienst ausgesetzt gewesen.

Die angeblich religiös motivierten Unruhen der letzten Monate in Situbondo, Tasikmalaya und Rengasdengklok erhalten in diesem Kontext eine ganz neue Relevanz. Denn sowohl Situbondo als auch Tasikmalaya und Rengasdengklok gelten als Hochburgen der NU. Durch die Anstachelung lokaler Unruhen, deren Rädelsführer örtliche Leiter von NU-Unterorganisationen sein sollen, versuchen Kreise des Militärs den Eindruck zu erwecken, Gus Dur könne seinen Führungsanspruch nicht mehr geltend machen. Eine schwache Führung aber könne sich eine so große und einflußreiche Organisation wie die NU nicht leisten, deshalb müsse Gus Dur abgelöst werden, so die Argumentation.

Die Unruhen laufen meist nach einem ähnlichen Muster ab. Ein relativ geringfügiger und zudem meist innerislamischer Anlaß führt zu Demonstrationen, Plünderungen und Brandstiftungen an Kirchen und anderen religiösen oder kommerziellen Gebäuden. Im Kern wird dabei ein ökonomisch motivierter Rassenkonflikt suggeriert, indem deklassierte muslimische Javaner gegen wohlhabende christliche Chinesen vorgehen. Diese Konfliktlage gehört in Indonesien zu den politischen Tabu-Themen, über die in den Massenmedien nicht berichtet werden darf. Als kontrolliertes Risiko instrumentalisiert können solche Konflikte jedoch eine wirkungsvolle Waffe im Kampf der verschiedenen Interessengruppen um die politische Macht sein. Bei den drei Vorfällen gibt es seriöse Augenzeugenberichte, die die offiziell kolportierte Version spontaner Demonstrationen und Ausschreitung zweifelhaft erscheinen lassen und vielmehr den Ver-

dacht erhärten, die Ausschreitungen seien von interessierter Seite benutzt, vielleicht sogar initiiert worden. So gehörten die Brandstifter der Kirchen in Situbondo nicht zu den Zuhörern eines Gotteslästerungsprozesses (s. SOAI 4/96), der als Auslöser gilt, sondern sie waren mit Lastwagen zu den Kirchen transportierte Ortsfremde. Augenzeugen berichten, daß die Gebäude immer bereits in Brand gesetzt waren, bevor die Demonstranten auf ihrem Zug durch die Stadt am jeweiligen Schauplatz angekommen waren.

Im westjavanischen Rengasdengklok hat die Beschwerde einer chinesischen Christin über den Lärm, den Muslime in der benachbarten Moschee beim frühmorgendlichen *sahur*<sup>1)</sup> eine Gewaltwelle ausgelöst, bei der Kirchen, buddhistische Tempel und Geschäfte angezündet und geplündert wurden. Nach Augenzeugenberichten war der Wortwechsel zwischen der Frau und den morgendlichen Betern jedoch zunächst folgenlos zuende gegangen. Die gewaltsamen Demonstration begannen erst mit einiger Verzögerung im Verlauf des Vormittags.

Die blutigen Gemetzel zwischen Dayak und Maduresen in Westkalimantan (s.u.) dienen interessierten Kreisen als Vorwand für die Behauptung, Muslime aus Ostjava seien eigens nach Westkalimantan gereist, um dort Unruhen zu schüren. Alle Behauptungen und Verdächtigungen dieser Art zielen darauf ab, Gus Dur als Führer der NU zu diskreditieren und die zweite offiziell zugelassene Oppositionspartei, die islamische Vereinigte Entwicklungspartei PPP als politische Alternative zu desavouieren. Dabei wird auch mit der tiefsitzenden und historisch begründeten Angst vor einem politisch-fundamentalistischen Islam gespielt, der die nationale Sicherheit und Einheit bedrohen könnte.

## Machtkampf in der Armee

Während über politische Ziele dieser Provokationen kaum Zweifel besteht, und auch Gus Dur öffentlich die Einschätzung geäußert hat, es gebe interessierte Kreise, die ihn und die NU schwächen wollten, besteht über die *dalang* ("Drahtzieher") noch Unklarheiten. Innerhalb der indonesischen Streitkräfte ABRI gibt es mindestens drei rivalisierende Gruppen mit jeweils einem Partner aus dem zivilen Spektrum. Dabei geht es im wesentlichen um die Besetzung des Vizepräsidentenamtes als der strategisch wichtigsten Position für die Post-Soeharto-Ära. Das Präsidentenamt selbst steht nicht zur Disposition, da Suharto keinerlei Anzeichen erkennen läßt, sein Amt aufgeben zu wollen.

Eine Gruppe der Wettbewerber scharft sich um den Generalstabschef der Armee Feisal Tanjung und seinen zivilen Partner, den Forschungsminister B.J. Habibie. Dieser ist zugleich Vorsitzender des

Verbandes islamischer Intellektueller ICMI, der einen modernistischen und zunehmend machtbewußten Islam vertritt. Eine zweite Gruppe wird durch den Stabschef des Heeres Hartono und den Kommandeur der Sondereinsatztruppe KOPASSUS Prabowo Subianto repräsentiert. Als zivile Partnerin fungiert Prabowos Schwägerin Siti Hardiyanti Rukmana, genannt Tutut, die nicht nur Präsidententochter, sondern auch stellvertretende Vorsitzende der Staatspartei GOLKAR ist. Die dritte Gruppe hat keine so ausgeprägte Führungsfigur. Diese "*Merah-Putih*"-Gruppe (nach den indonesischen Nationalfarben rot und weiß) besteht überwiegend aus pensionierten regierungskritischen Generälen, die jedoch noch über gute Verbindungen und Einfluß im Offizierskorps und in Teilen des Geheimdienstes verfügen. Zu ihnen gehören der gegenwärtige Vize-

- Anzeige -

Rehabilitation von Minenopfern

## Angola - Kriegszustand ohne Krieg

Angola ist das Land: In dem Krüppel eine Nicht-Mehr-Minderheit sind. Mit 10 Millionen Minen für 10 Millionen Angolaner. Luena ist die Stadt: Eingeschnürt vom tödlichen Gürtel der Minen. Früher Schauplatz heftigster Kämpfe. Mit 100.000 Einwohnern plus 100.000 Flüchtlingen. Davon 16.000 Kriegsbehinderte.

Hier liegt das neue medico-Projekt. Jenseits von bloßer Nothilfe, wie sie bis jetzt dort gilt, soll eine Perspektive eröffnet werden. Minenräumung und Minenaufklärung, das Einrichten einer Prothesenwerkstatt, Kurse zur Berufsausbildung.

Bitte fordern Sie weitere Informationen an.

Spendenkonto:  
Stichwort »Angola«  
1800 Frankfurter Sparkasse  
(BLZ 500 502 01)  
oder  
6999-508 Postbank Köln  
(BLZ 370 100 50)

*medico*

international

medico international  
Obermainanlage 7  
60314 Frankfurt

Tel: 069 94438-0  
Fax: 069 436002  
eMail:  
medico\_international@t-online.de  
WWW: <http://home.t-online.de/home/medico.de>



präsident Try Sutrisno, aber auch der ehemalige Verteidigungsminister Benny Moerdani. Die "Merah-Putih"-Gruppe hat enge Beziehungen zu katholisch-chinesischen Geschäftsleuten und zum "think-tank" CSIS (Centre for Strategic and International Studies).

Man muß davon ausgehen, daß eine oder mehrere dieser Gruppierungen für die Provokationen bzw. Instrumentalisierung der verschiedenen Unruhen der letzten Zeit verantwortlich sind. In Ren-gasdengklok tauchten zumindest Flugblätter auf, in denen die Demonstranten sich mit der Unterstützung durch Hartono und Prabowo brüsteten. Diese Tatsache kann als ein Versuch der Feisal-Fraktion gewertet werden, den Verdacht auf die Hartono-Gruppe zu lenken. Andere Beobachter halten dies jedoch für einen Schachzug der Moerdani-Gruppe, die diese Flugblätter lanciert habe, um ihrerseits den Verdacht auf die Feisal-Gruppe zu richten. Politisches Ziel der Diskreditierungskampagne sind aber jedesmal Gus Dur und seine Führung der NU sowie die islamische PPP.

Ein zweiter Effekt gezielter Provokationen und begrenzter Unruhen besteht in der Destabilisierung der innenpolitischen Situation, die die Streitkräfte insgesamt in die Position bringt, sich als einziger wirksamer Machtfaktor im Land präsentieren zu können. Darauf deuten solche taktischen Verhaltensweisen hin, Ausschreitungen und Brandschatzung zunächst immer erst eine gewisse Zeit gewähren zu lassen, bevor sie dann in relativ kurzer Zeit unterbunden werden. Ziel könnte es deshalb sein, die Destabilisierung soweit zu treiben, daß der Präsident gedrängt werden könnte, als letztes Mittel den Ausnahmezustand auszurufen, um dem Militär, insbesondere aber dem Heer als dominierender Teilstreitkraft, das Gesetz des Handelns in die Hand zu geben.

## Westkalimantan – ein anderer Kontext

Die blutigen Zusammenstöße der jüngsten Zeit in Westkalimantan, besonders in der Hauptstadt Pontianak und in der Siedlung Sanggau Ledo gehören nicht unmittelbar in dieses Szenario. Trotzdem gibt es auch hier Versuche, den lokalen Konflikt für innenpolitische Interessen im Vorfeld der Wahlen zu instrumentalisieren. Der historische Zufall will es, daß in die Konflikte hauptsächlich Transmigranten aus Madura, einer Ostjava vorgelagerten Insel, involviert sind. Diese Insel gilt, ebenso wie Ostjava selbst, als ein Kerngebiet der Nahdatul Ulama von Abdurrahman Wahid. Nachdem der Stabschef des Heeres Hartono, selbst ein Madurese, den Verdacht geäußert hatte, religiöse Führer aus Ostjava hätten die Transmigranten in Westkalimantan aufgehetzt, sah sich der Vorsitzende der islamischen PPP, Ismael Hasan

Metareum veranlaßt, diese Beschuldigungen zurückzuweisen.

Im Kern gehen die Zusammenstöße zwischen den autochthonen Dayak, die noch einen Anteil von ca. 40 % an der Bevölkerung haben, und den zugewanderten Javanern und Maduresen (ca. 7 %)



Militär blockiert während der Unruhen die Straßen

aus: FK v. 27.1.1997, S. 13

auf einen ökonomischen und kulturellen Konflikt zurück. Zum einen werden die Dayak als Bewohner des tropischen Regenwaldes durch die rücksichtslose Abholzung der Wälder und die Erschließung weiter Gebiete für die Transmigration ihrer angestammten Lebensgrundlage und ihres Lebensraums beraubt. Weder werden sie ausreichend entschädigt, noch können sie in der modernen Ökonomie einen angemessenen Platz einnehmen. Sie teilen damit das Schicksal der Papua in Irian Jaya (West Neuguinea), die durch die Zentralregierung und ausländische Konzerne gleichermaßen in ihren Lebensrechten beschnitten werden. Zum anderen geraten sie als Anhänger ihrer Stammesreligion oder Angehörige einer christlichen Kirche in Konflikt mit den islamischen Zuwanderern aus Java und besonders aus Madura. Daß die Transmigration die Ursache des Konflikts ist, zeigt die Tatsache, daß ethnische Malaien (40 %) und Chinesen (13 %), die in viel größerer Zahl und seit viel längerer Zeit in Westkalimantan ansässig sind, so gut wie gar nicht in die gegenwärtigen Auseinandersetzungen verwickelt sind.

Die Spannung, die sich in den letzten Wochen in blutigen Zusammenstößen entladen haben – einige Quellen sprechen von bis zu 2000 Toten – haben sich über Jahre aufgestaut. Der Konflikt ist mittlerweile soweit eskaliert, daß die Dayak zu einem alten Mittel der kollektiven Selbstverteidigung gegriffen haben. Augenzeugen berichten, daß zwischen den Clans eine blutbeschierte und mit Hühnerfedern verzierte Reisschale (*mangkok merah*) kursiert, die alle Dayak auffordert, zu den Waffen zu greifen. Auf diese Weise können in kürzester Zeit mehrere Tausend waffenfähige Männer mobilisiert werden. Berichten aus Kali-

mantan zufolge, reagieren die örtlichen Militärkommandos entweder aus Angst oder aus Berechnung nur sehr langsam auf diese Eskalation. Wäre das letztere der Fall, so geschähe dies aus dem bereits genannten innenpolitischen Kalkül, einen (scheinbar) kontrollierbaren Konflikt zu

schüren, um die Unentbehrlichkeit des Militärapparates unter Beweis zu stellen.

## Spiel mit dem Feuer

Den in Indonesien um die Macht ringenden Gruppen scheinen im Augenblick alle Mittel recht, die taktischen Vorteile im Rennen um die Suharto-Nachfolge bringen. Dazu gehört vor allem der Umgang mit dem kalkulierten Risiko begrenzter Konflikte. Die Menschen Indonesiens werden zu Figuren auf dem Schachbrett der Mächtigen erniedrigt. Die jüngsten Ereignisse wecken Erinnerungen an die Massaker in den Jahren 1965/1966. Damals gingen fanatisierte muslimische Jugendliche, aufgehetzt und logistisch unterstützt von Heereseinheiten unter dem Oberbefehl eines Generalleutnant Suharto blindwütig gegen alle jene vor, die in irgendeiner Weise mit dem kommunistischen Feindbild identifizierbar waren. Die blutige Entstehungsgeschichte der "Neuen Ordnung" ist ein immer noch unbewältigtes kollektives Trauma. Am Ende der Ara Suharto ist es den 200 Millionen Indonesiern zu wünschen, daß der Übergang zu einer neuen Phase ihrer Geschichte nicht wieder mit einem Blutbad beginnt.

Klaus H. Schreiner

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Frankfurt, Abt. Südostasienwissenschaften und Vorstandsmitglied des Trägervereins der Südostasien Informationsstelle.

### Anmerkung:

- 1) Muslime dürfen in der Fastenzeit zwischen Sonnenaufgang und -untergang keine Speisen und Getränke zu sich nehmen. Deshalb versammeln sich viele vor Tagesanbruch in der Moschee, um vor Sonnenaufgang noch gemeinsam zu essen.